

*Herzliche Grüße von der Klägergruppe aus Fukushima  
mit der Forderung an den japanischen Staat und an TEPCO „Gebt uns unsere  
Lebensgrundlage zurück, gebt uns unsere Heimat zurück!“*

Als der japanische Ministerpräsident Abe auf der Versammlung des Internationalen Olympischen Komitees 2013 verkündete „Die Atomkatastrophe ist völlig unter Kontrolle!“, wurde entschieden, die Olympischen Spiele 2020 in Tokyo abzuhalten. Nur war das, was Abe damals sagte, eine eindeutige Lüge.

Während Abe behauptete, „In der Bucht von Fukushima Dai-ichi ist das kontaminierte Wasser völlig gestoppt worden.“, gestanden selbst die Vertreter von TEPCO (Tokyo Electric Company) ein: „Das (kontaminierte) Meerwasser in der Bucht fließt in den (Pazifischen) Ozean hinein.“

Seither vertrat die japanische Regierung die Politik, dass in den Regionen, wo die Luft-Kontaminierung unter 20 Milli-Sievert pro Jahr gesunken ist, die Evakuierungszonen aufgehoben werden und alle ihre Bürger einschließlich der Kinder zurückkehren müssen. Aber dieser Wert ist von der ICRP (International Commission on Radiological Protection) festgesetzt nur als Zahl für den Notfall einer Atom-Katastrophe (nicht für das ständige Wohnen). Darüber hinaus ist die Kontaminierung in den radio-aktiv verstrahlten Gebieten circa vier-mal höher. Daher gibt es überhaupt keine Grundlage für die Behauptung, der Schaden sei verschwunden.

In der Demokratie Japans gibt es schwerwiegende Probleme wie das unzureichende Wahl-System oder die äußerst schwachen Medien, die die politische Macht nicht mehr kritisch begleiten. In Japan gibt es daher keine gründliche öffentliche Diskussion, in der alle Bürger über die Atomkatastrophe umfassend informiert werden. Daher kommt es nicht zu einem Prozess, der eine Problemlösung hervorbringt. Vielmehr werden die Olympischen Spiele in Tokyo dazu benutzt, die Ursachen der Atomkatastrophe und detaillierte Informationen über die Schäden zu verbergen. Aus diesem Grunde werden zahlreiche Menschen darüber sehr zornig. Leider gibt es aber nicht viele Stimmen, die dagegen protestieren. Daher muss man sagen, dass hier eine politische Aufgabe besteht, welche die Japaner selbst lösen müssen.

Wenn man jedoch versucht, die Atomkatastrophe zu verschleiern, die Untersuchungen der Ursachen und der wirklichen Schäden nicht vornimmt und wenn man den Opfern nicht hilft, besteht die große Möglichkeit, dass sich solch eine Atomkatastrophe wiederholen wird.

Wir von der Klägergruppe selbst benutzen das Gerichtsverfahren dazu, die jetzige schwierige Situation zu überwinden. In einer Volks-Demokratie ist eine Bewegung notwendig, welche die Stimme des Protestes erhebt und das, was falsch läuft, auch als etwas Falsches benennt.

Wir möchten die Verbindung mit Ihnen allen in Deutschland stärken. Und es ist unser fester Entschluss, all unsere Kraft in die Bewegung hineinzugeben, die peinliche Haltung der japanischen Regierung zu ändern und den Ausstieg aus der Atomenergie zu bewirken.

Vorsitzender der Klägergruppe Takashi Nakajima